

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Kai Gehring, Hans-Josef Fell, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Dr. Hermann E. Ott, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Krista Sager, Ulrich Schneider, Markus Tressel, Arfst Wagner (Schleswig), Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Energieforschung konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 30. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag mit dem fraktionsübergreifenden Beschluss zum Atomausstieg die Lehre aus dem GAU (größter anzunehmender Unfall) von Fukushima gezogen und damit den Weg frei gemacht für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Deutschland steht jetzt vor der historischen Chance und epochalen Herausforderung, als erste große Industrienation die Transformation in eine post-nukleare und CO₂-neutrale Energiewirtschaft zu meistern. Damit das gelingt, bedarf es einer Energieforschung, die konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages ausgerichtet ist und die Energiewende vorantreibt.

Eine entsprechende Neuausrichtung der Energieforschung steht noch aus. So fließen derzeit immer noch große Summen öffentlicher Forschungsgelder in die Atomforschung und eine Umwidmung von Geldern hin zur Forschung für die Energiewende hat bislang nicht stattgefunden.

Die Bundesregierung investiert unverändert mindestens ein Drittel des 2,7 Mrd. Euro umfassenden Gesamtetats des 6. Energieforschungsprogramms in die Atomforschung. In den Jahren 2011 bis 2014 werden dafür 900 Mio. Euro veranschlagt, wovon nur ein Drittel in die weiterhin notwendige Sicherheits- und Endlagerforschung fließen und mindestens 600 Mio. Euro für Fusions- und andere atomare Forschung verwendet werden.

Zusätzliche deutsche Steuermittel fließen über das EU-Forschungsrahmenprogramm in die Atomforschung, insbesondere in das Programm Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Für die Jahre 2007 bis 2011 erhielt EURATOM 2,75 Mrd. Euro aus europäischen Steuermitteln. Davon flossen 1,95 Mrd. Euro in das Forschungsprojekt des gemeinschaftlichen Kernfusionsversuchsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor). Dieser soll im südfranzösischen Cadarache gebaut werden und entpuppt sich inzwischen als Milliardengrab mit geringen Erfolgsaussichten. Des Weiteren finanziert die Europäische Union die Erforschung von Transmutation und Reaktoren der vierten Generation. Die europäische Nuklearforschung verschlingt Unsummen an Geld, ihre Erfolgsaussichten sind ungewiss und sie widerspricht den mit der

Energiewende verbundenen Forschungszielen. Sollten die neuen Atomtechnologien tatsächlich eines Tages zum Einsatz kommen, droht statt des energiepolitischen Fortschritts ein Rückschritt ins atomare Zeitalter mit all seinen unbeherrschbaren Gefahren und Problemen.

Wie hoch der deutsche Anteil an der europäischen Atomforschung ist, ist wenig transparent und kaum nachvollziehbar. Auf Anfragen antwortet die Bundesregierung lediglich, dass der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am gesamten EU-Haushalt rund 20 Prozent betrage.

Bis zum Jahr 2050 müssen es die Industrienationen geschafft haben, mit einem wesentlich geringeren Energiebedarf auszukommen und ihre Energieproduktion möglichst vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt haben. Nur so können die Klimaschutzziele erreicht werden. Statt neuer nuklearer Großtechnologien bedarf es dazu effizienter, kostengünstiger und umweltverträglicher erneuerbarer Energien in einem System der effizienten Energiebereitstellung und -nutzung.

Die Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ist die große Chance für den Innovations- und Industriestandort Deutschland. Die Energieforschung muss Wege in eine klimaverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung aufzeigen und dazu beitragen, die erforderlichen Technologien weiterzuentwickeln sowie deren Anwendung und Markteinführung durch ökonomische, ökologische und soziale Begleitforschung zu optimieren. Eine solche Forschungsstrategie verspricht neben der Stärkung der Energiesicherheit und Nachhaltigkeit enorme wirtschaftliche Potenziale.

Die deutsche Forschungslandschaft ist für diese Neuausrichtung in weiten Teilen gut gerüstet, viele Forschungseinrichtungen in Deutschland haben durch ihre Arbeit die Möglichkeit einer Energiewende überhaupt erst eröffnet. Doch für viele der vor uns liegenden Aufgaben fehlt es noch an Grundlagen und gezielten Forschungsprogrammen: So sind z. B. Speichertechnologien wie auch Mobilitätskonzepte und energetische Lösungen im Gebäudebereich nicht ausreichend erforscht und entwickelt. Effizienztechnologien für den Energieverbrauch, innovative Technologien für den erforderlichen großräumigen und verlustarmen Stromtransport müssen ebenso entwickelt werden wie Methoden zur Erhöhung der gesellschaftlichen Partizipation beim Ausbau der Energiewende. Gerade die interdisziplinäre Forschung zu sozialwissenschaftlichen und technischen Fragen einer Energiewende mit ihren dezentralen Strukturen wird in der Hochschullandschaft eher ab- als ausgebaut.

Es besteht dringender Handlungsbedarf; die Bundesregierung muss die Energieforschungspolitik in Deutschland neu justieren. Die vom Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend beschlossene Abkehr von der Risikotechnologie Atomkraft erfordert auch den Atomausstieg in der Energieforschung. Die damit frei werdenden Ressourcen müssen auf die notwendige Forschung für das Gelingen der Energiewende umgeleitet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die noch nicht verausgabten finanziellen Mittel des 6. Energieforschungsprogramms, die in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der vierten Generation fließen, umzuwidmen in die Bereiche erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Infrastruktur und gesellschaftliche Begleitforschung;
- künftige Energieforschungsprogramme so auszurichten, dass öffentliche Mittel nicht mehr für Atomforschung vorgesehen werden, die bei Anwendung einen Wiedereinstieg in Atomtechnik bedeutet, sondern stattdessen zum Gelingen der Energiewende eingesetzt werden;

- die deutsche Beteiligung an dem Projekt ITER aufzukündigen;
- sich auf europäischer Ebene für eine Revision von EURATOM in Bezug auf die Sonderstellung der Atomkraft, was Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien betrifft, demokratische Kontrolle und eine Neuausrichtung der EU auf erneuerbare Energien einzusetzen. Sollte diese Revision nicht durchsetzbar sein, ist der EURATOM-Vertrag von deutscher Seite aus zu kündigen;
- grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung in den für die Energiewende wichtigen Bereichen Energieeffizienz und Einsparung, erneuerbare Energien, ressourcen- und energiesparende Mobilität, Nachhaltigkeit und Dezentralisierung der Energieerzeugung, Speichersysteme für Wärme und Strom und Energiekompetenz der Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Schwerpunktsetzung verstärkt zu fördern und auszubauen. Insgesamt muss nichttechnologischen Forschungsvorhaben eine stärkere Rolle als bisher zukommen. Dabei geht es beispielsweise um Forschungsvorhaben zu Energiemärkten und ihren rechtlichen als auch ökonomischen Rahmenbedingungen;
- zentrale Datenbanken einzurichten, die allgemein verständlich die wesentlichen Informationen über die öffentlich geförderten Forschungsprojekte enthalten und so die Verwendung der Steuergelder für Bürgerinnen und Bürger transparent machen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/11029);
- Anreize für privat finanzierte Forschung und Entwicklung in wichtigen Technologiefeldern zu schaffen, z. B. durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, besseren Zugang zu Wagniskapital, die Förderung standardisierter und offener Technologieplattformen und Open-Source-Innovationen sowie neue Wettbewerbe und Ausschreibungen;
- interdisziplinäre Kompetenzzentren für die Energieforschungslandschaft zu schaffen, um die Vernetzung von technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, die für eine erfolgreiche Energiewende zentral ist, voranzubringen.

Berlin, den 27. November 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

